

Was kostet die Schule?

Unterricht ist in Deutschland gratis. Trotzdem geben Eltern im Schnitt 200 Euro pro Kind im Jahr aus. Über Lernmittelfreiheit, Inflation und Sonderwünsche



FOTO: SORIN MORAR

VON LILITH VOLKERT

Schule ist gratis, aber nicht umsonst, witzeln Oberstudienräte gerne. Kostenlose Bildung gilt seit 1948 als Menschenrecht. In den Verfassungen der Bundesländer, die Bildungsangelegenheiten regeln, finden sich die Wörter „Unterricht“ und „unentgeltlich“ meist im selben Satz. Und trotzdem müssen die Eltern von schulpflichtigen Kindern regelmäßig tief in die Tasche greifen. Nicht für den Schulbesuch an sich, dieser ist an allgemeinbildenden öffentlichen Schulen in Deutschland tatsächlich kostenlos. Doch für vieles, was Lernen erst möglich macht.

In den ersten Wochen des Schuljahres fällt das besonders auf. Neben neuen Hefen, Blöcken, Umschlägen und Ordnern stehen zahlreiche Anschaffungen an: ein neuer Füller, frisches Deckweiß, größere Hallenturnschuhe. Außerdem sammeln Lehrkräfte Geld für Kopien, Bastelmaterial oder die Klassenkasse ein. Beträge von 50 Euro pro Kind sind selbst in der Grundschule keine Seltenheit. Während des Schuljahres kommen weitere Ausgaben dazu: Eintrittsgeld am Wandertag, Lektüre für den Deutsch- oder Fremdsprachenunterricht, Klassenfahrt.

In den vergangenen Monaten ist vieles teurer geworden, Schulmaterial ganz besonders. Hefte und Blöcke kosten durchschnittlich 14 Prozent mehr als im vergangenen Jahr, meldet das Statistische Bundesamt. Die Lebenshaltungskosten sind im selben Zeitraum um acht Prozent gestiegen. Auch wenn es bei Papierprodukten um vergleichsweise kleine Beträge geht, für Familien mit wenig Geld kann es schnell eng werden. 2,8 Millionen Kinder in Deutschland sind von Armut betroffen.

Kinder von Hartz-IV-Empfängern, Geringverdienern und Kinderzuschlag-Berechtigten bekommen für ihren Schulbedarf Geld aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket – 156 Euro pro Schuljahr. „Das ist nicht ansatzweise genug“, sagt Christiane Gotte, Vorsitzende des Bundeselternrats. Betroffene Elternvertreter haben Einkaufsbelege gesammelt und kommen zu dem Schluss: „Selbst, wenn man Angebote nutzt, kommt man schon allein zum Schuljahresanfang auf 200 Euro pro Kind.“ Gotte kritisiert, dass das Geld aus dem Teilhabe-Paket in zwei Raten ausgezahlt wird, Familien bräuchten die Unterstützung aber komplett zum Schuljahresanfang. Außerdem gibt es viele Eltern, die zwar wenig Geld haben, aber keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Sie leiden besonders unter der finanziellen Belastung.

Die Kosten für Hefte, Stifte und Schulranzen treffen alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland gleichermaßen. Ob sie auch ihre Schulbücher selbst bezahlen müssen, hängt hingegen davon ab, wo sie wohnen. Wie kann das sein? „Prinzipiell besteht im gesamten Bundesgebiet die Lernmittelfreiheit“, heißt es bei der Kultusministerkonferenz (KMK). Die Wirklichkeit sieht anders aus. Jedes Bundesland kann selbst entscheiden, ob es Lernmittel – also Schulbücher – kostenlos zur Verfügung stellt. Und nur fünf von 16 tun das: Baden-Württemberg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen.

„Es ist ungerecht, dass man in einem Bundesland alles zahlen muss und im anderen nichts.“

In den meisten anderen Bundesländern müssen Eltern einen Teil der Kosten übernehmen. Was und wie viel gezahlt werden muss, ist höchst unterschiedlich geregelt. In Bayern etwa sind Atlanten und Formelsammlungen selbst zu kaufen. In Berlin muss man sich, je nach Schule, ab der 7. Jahrgangsstufe mit höchstens 100 Euro pro Jahr und Kind an den Lernmitteln beteiligen. Besonders arm dran sind Eltern schulpflichtiger Kinder in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Sie müssen – ab einem gewissen Einkommen – alle Schulbücher selbst kaufen oder gegen eine Gebühr ausleihen. Bis zu 1500 Euro kostet das pro Schullaufbahn, hat das Vergleichsportal Idealo ausgerechnet.

„Es ist absolut ungerecht, dass man in einem Bundesland alles zahlen muss und in dem anderen nichts“, sagt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE). Den Begriff der Lernmittelfreiheit findet er „völlig irreführend“. Der Kinderschutzbund fordert seit Jahren „echte Lernmittelfreiheit“, um Familien zu entlasten.

Passiert ist das Gegenteil. Wer mehrere Schulkinder hat, dem dürfte aufgefallen sein, dass heute mehr Material ange-

schafft werden muss als noch vor einigen Jahren. „Immer mehr Lehrer verwenden Verbrauchsarbeitshefte“, sagt Christiane Gotte. Diese Hefte werden von Schulbuchverlagen verkauft und sind sehr praktisch, keine Frage. Schreibübungen, Rechen- oder Grammatikaufgaben können direkt ausgefüllt werden, man spart sich das Abschreiben aus dem Buch, es fliegen weniger Arbeitsblätter herum. Doch weil sie als Verbrauchsmaterial gelten, müssen sie in allen Bundesländern von den Eltern bezahlt werden. Womit im Unterricht gearbeitet wird, kann jede Schule – anhand einer Liste mit zugelassenen Werken – für sich entscheiden, oft sogar die einzelne Lehrkraft.

Dass Schule immer mehr kostet, ist ein Problem für die Betroffenen, aber auch für die ganze Gesellschaft. Denn reicht in einer Familie das Geld hinten und vorne nicht, führt das nicht nur dazu, dass Kinder und Jugendliche ohne Geodreieck oder mit zu kleinen Turnschuhen in den Unterricht kommen und sich deshalb schämen. Es dürfte auch Auswirkungen auf ihren Bildungsweg haben: Wer in der Schule ständig mit Ausgaben konfrontiert wird, die die Familie belasten, verlässt sie oft früher. „Hohe Schulkosten verstärken die Bildungsarmut“, schreibt der Bildungsexperte Werner Klein. Der Weg aufs Gymnasium sei für Kinder aus einkommensschwachen Familien „auch in materieller Hinsicht“ schwieriger als für andere. Sozial sind diese Kinder ohnehin benachteiligt; in Deutschland hängen die Bildungschancen viel stärker vom Elternhaus ab als in anderen vergleichbaren Ländern.

Ändern könnte man das, wie so oft, durch mehr Geld vom Staat – und zwar für die Familien und die Schulen. „Die Budgets, die die Länder für Lernmittel zur Verfügung stellen, sind seit Jahren viel zu knapp bemessen“, sagt VBE-Chef Udo Beckmann, selbst ehemaliger Schulleiter. „Würden sie aufgestockt, könnten Familien finanziell entlastet und Bildungsungerechtigkeit abgebaut werden.“ Der Bundeselternrat fordert, dass die Länder nicht nur für die Schulbücher aufkommen, sondern auch für Verbrauchsmaterial. „Schule muss komplett kostenfrei sein, für alle Kinder“, sagt Christiane Gotte. Schließlich müssten Eltern dafür sorgen, dass ihre Kinder die Schulpflicht erfüllen. „Doch mit den Ausgaben werden sie allein gelassen.“

„Dieses Jahr ist alles teurer“: Fünf Beispiele

Katja Kollig, 48, Rheinland-Pfalz, zwei Kinder, davon eines in der 5. Klasse.

235 €

„Schulbücher muss man bei uns kaufen oder ausleihen, aber auch die Ausleihe kostet etwas. Zudem gibt es einzelne Lehrer, die wollen, dass die Kinder in den Büchern arbeiten. Dann müssen die, die geliehen haben, alles abschreiben oder sich mit Kopien behelfen. Das finde ich unmöglich. Wir leihen so viel wie es geht, das Entgelt dafür beträgt ein Drittel des Neupreises. Damit kamen wir in diesem Schuljahr auf 40 Euro. Allerdings kann man nicht alle Bücher leihen. Was mehrere Jahre benutzt wird, der Atlas zum Beispiel oder die Latein-Grammatik, muss gekauft werden. Zusammen mit den Arbeitsheften waren das noch mal 160 Euro. Für Schreibhefte und diversen Kleinkram fielen etwa 35 Euro an, da war aber vieles auch noch aus der Grundschule vorhanden. Gut finde ich, dass unsere Schule für den Kunstunterricht fast alles zur Verfügung stellt, an Pinseln, Kreiden und so weiter mussten wir nichts kaufen. Finanziell sind die Ausgaben für uns kein Problem, wir leihen aus Prinzip. Der Nachhaltigkeit wegen, und weil ich nicht stapelweise Bücher hier herumliegen haben will, die ich dann entsorgen oder weiterverkaufen muss.“

Kathrin Khedher, 35, Bayern, fünf Kinder, davon drei in der Schule (2., 4. und 6. Klasse)

400 €

„Ich habe jeden Tag Angst, dass die Kinder wieder einen Zettel aus der Schule mitbringen, auf dem dann steht, was wir bezahlen müssen. Ich versuche schon, alle Hefte mit Rabattgutscheinen zu kaufen, das hilft ein bisschen, aber 400 Euro haben wir in diesem Schuljahr für Hefte, Schulbücher, Sport- oder Malsachen mindestens schon ausgegeben. Dann kommen hier noch mal zehn Euro für die Klassenkasse dazu, da fünf Euro für die Mittagsbetreuung. Und wenn man denkt, jetzt müsste eigentlich alles bezahlt sein, dann

bringen die Kinder den nächsten Zettel nach Hause. Wieder acht Euro für den Wandertag. Oder sie verlieren ihren Sportbeutel. Zum Glück gibt es in München ein Projekt der Stadt, das Menschen, die helfen wollen, mit Familien, die Hilfe brauchen, zusammenbringt. Der Förderverein, der hier dazugehört, hat uns 200 Euro der Ausgaben für Schulsachen erstattet. Das war eine große Hilfe.“

Henrike Hehl, 41, Berlin, zwei Kinder, 1. und 5. Klasse Grundschule

110 €

„Wir haben dieses Jahr nicht viel kaufen müssen, trotz Einschulung unseres Jüngsten. Aber einen Schulranzen, der oft das teuerste ist, hatten wir schon. 85 Euro habe ich für die Materialien des Erstklässlers ausgegeben. Gebraucht wurden Stifte, Hefter, Mäppchen, Tuschkasten, Brotdose, Wasserflasche. Sportsachen hatte er noch, da hat die Große neue Schuhe gebraucht. Bücher und Arbeitshefte bekommen wir von der Schule gestellt, auch Schreibhefte kaufen wir nicht selbst. Dass die Lehrkräfte Kopier- oder Materialgeld einsammeln würden, wäre mir neu. Eine Klassenkasse für Ausflüge, und so etwas gibt es, das sind beim kleinen Kind zehn Euro im Jahr und beim großen 15 Euro pro Halbjahr. Es ist eine Soli-Kasse: Eltern, die können, zahlen etwas mehr ein, falls mal jemand anderes nicht bezahlen kann.“

Torsten Z., 45, Mecklenburg-Vorpommern, vier Kinder, 2., 4., 9. Klasse und Abschlussklasse Förderschule

370 €

„Dieses Jahr ist alles teurer: Wo ich letztes Jahr ein Heft für 19 Cent bekommen habe, sind es jetzt 39 Cent. Ein Füller kostet 15 statt bisher zehn Euro. Das merke ich deutlich. Ich bekomme Arbeitslosengeld II und habe vier Kinder, die alle zur Schule gehen. Für Hefte, Stifte und Umschläge habe ich bisher ungefähr 250 Euro ausgegeben. Ich kaufe nur beim Discounter, es sei denn, ein Lehrer hat Sonderwünsche,

zum Beispiel eine bestimmte Lineatur im Querformat. Dann muss ich zum Fachhandel, wo ein Heft auch mal 2,50 Euro kostet. Dazu kommen 30 Euro Schulkostenbeitrag pro Kind – damit werden Kopien und Arbeitsmaterial bezahlt –, also 120 Euro. Hallenturnschuhe kaufe ich erst, wenn sie deutlich reduziert sind. Zum Glück haben die Kinder in den ersten Wochen draußen Sport gemacht. Immer wieder kommen Ausgaben überraschend. Mein ältester Sohn macht demnächst ein Pflichtpraktikum im Altersheim. Das Gesundheitszeugnis, das er dafür braucht, hat 30 Euro gekostet.“

Nathalie Klüver, 42, Schleswig-Holstein, drei Kinder, davon zwei in der Schule (3. und 6. Klasse)

500 €

„Allein die Schulmaterialien, die auf den Listen der Lehrkräfte standen, haben mehr als 200 Euro für jedes Kind gekostet. So was wie neue Sportschuhe oder ein verlorenes Geodreieck sind da noch überhaupt nicht mit drin. Offiziell gibt es in Schleswig-Holstein Lernmittelfreiheit. Bücher stellt die Schule, bis auf den Atlas, der 50 Euro kostet. Aber in der Grundschule werden kaum mehr Bücher verwendet, sondern nur noch Arbeitshefte. Klar, einzeln kosten die nur zwischen fünf und zehn Euro, aber es läppert sich. Bei meinem großen Kind auf der weiterführenden Schule sind es vor allem die Sonderwünsche der Lehrkräfte, die ins Geld gehen: spezielle Pinsel für den Kunstunterricht oder ein Vokabelheft mit einer Lineatur, die die Discounter nicht haben. Dazu kommen dann noch 60 Euro Kopiergeld, 30 Euro für die Klassenkasse und gerade hat die Nachmittagsbetreuung meines Sohnes 20 Euro für einen anstehenden Theaterbesuch eingesammelt. Arm sind wir nicht, aber ich bin alleinerziehend und muss schon zusehen, wie ich das im August, zum Schuljahresanfang, immer hinbekomme. Der Unterhalt ist da schließlich nicht höher als in anderen Monaten.“

ANN-KATHRIN ECKARDT, LILITH VOLKERT, BARBARA VORSAMER